

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. September 1959

33/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. K u m m e r , Dr. Walther W e i ß m a n n und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend Massnahmen zur Förderung der Beschäftigung älterer Dienstnehmer.

-.-.-.-

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass ältere Dienstnehmer, die das Unglück haben, arbeitslos zu werden, trotz der herrschenden Hochkonjunktur nur schwer wieder einen Posten erlangen können, obwohl sie noch voll einsatzfähig wären. So waren z. B. in Österreich mit dem Stichtag 31. August 1957 bei privaten und öffentlichen Dienstgebern rund 2,255.000 Dienstnehmer (1,525.475 Arbeiter und 730.145 Angestellte) beschäftigt. Im gleichen Zeitpunkt wurden aber dennoch rund 62.000 Arbeitslose (50.132 Arbeiter und 11.763 Angestellte) gezählt. Obgleich die Beschäftigung in den vorangegangenen Jahren, nämlich von 1952 bis 1957, um rund 278.000 Personen zugenommen hat, ist im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit nur um 53.000 Personen zurückgegangen; es wurden somit zum überwiegenden Teil Personen eingestellt, die bei den Arbeitsämtern nicht gemeldet waren.

Die Situation hat sich seit damals nicht wesentlich geändert. Bei näherer Betrachtung der Arbeitsmarktstatistiken zeigt sich, dass zu obigem Stichtag unter den vorgenannten Arbeitslosen rund 22.000 Personen (17.429 Arbeiter und 4.607 Angestellte) gezählt wurden, die bereits das 40. Lebensjahr überschritten haben und mehr als 13 Wochen arbeitslos waren. Die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen, dass Dienstnehmer, die in einem solchen Lebensalter ihre Beschäftigung verlieren, vielfach nur unter grössten Schwierigkeiten, jedenfalls erst nach einer längerwährenden Arbeitslosigkeit, wieder in Verdienst kommen. Dabei handelt es sich bei diesem engeren Personenkreis um Dienstnehmer, die zumeist über längere Berufserfahrungen verfügen, sich in eine neue Beschäftigung ungleich leichter einarbeiten und dann gewiss auch auf einem neuen Arbeitsplatz ihren Mann stellen könnten.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, dem Hohen Haus geeignete gesetzliche Massnahmen vorzuschlagen, die die Wiedereingliederung älterer aber einsatzfähiger Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess erleichtern?

-.-.-.-